

Niederschrift
über die öffentliche Sitzung des
Hauptausschusses (73.) vom 21. November 2011

Alle Mitglieder wurden ordnungsgemäß geladen.

Vorsitzender: Oberbürgermeister Dieter Thalhammer

Anwesend sind: 3. Bürgermeister Benno Zierer
 die Stadträte Eschenbacher
 Lintl
 Hölzl
 Bauer
 Nast
 Grimm
 Sahlmüller
 Kammler
 Bönig
 Vogl

Ersatzmitglieder: Stadtrat Dr. Maguhn
 2. Bürgermeister Rudolf Schwaiger

Abwesend und entschuldigt: Stadträte Eberhard
 Irlstorfer

Weitere Teilnehmer: Stadtdirektor Koch
 OVRin Hagl
 VR Widmann
 Herr Piller
 VARin Frohnäpfel
 Herr Zellner

StRin Hobmair als ZuhörerIn

Niederschrift
über die öffentliche Sitzung des
Hauptausschusses (73.) vom 21. November 2011

Schriftführerin: Irene Striegl
Beginn der öffentlichen Sitzung: 17.17 Uhr

Der Vorsitzende begrüßt alle Anwesenden und eröffnet die Sitzung.
Er stellt die Ordnungsmäßigkeit der Ladung sowie die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest.

Der Vorsitzende entschuldigt den verspäteten Beginn. Vor der heutigen HA-Sitzung habe eine Besprechung mit den Bürgermeister, Fraktionen und Gruppierungen zum Thema Überdachung Eislauffläche stattgefunden, allerdings ohne abschließendes Ergebnis. Geplant sei nunmehr in 14 Tagen ein weiterer Besprechungstermin, bei der die Grundfragen der Planung nochmals erörtert werden sollen, um dann zielstrebig einen Lösungsvorschlag zu erarbeiten.

Tagesordnung

- 1) Bekanntgaben
 - a) Hinweis OB – Sitzungstermine Kulturausschuss
 - b) Bekanntgabe von Auftragsvergaben
- 2) Wohnungsvergabebericht 2011
- 3) Haushalt 2012 der von der Stadt Freising verwalteten Stiftungen
– Empfehlung für den Stadtrat am 23.11.2011 –
- 4) Haushalt 2012 der Stadt Freising
– Empfehlung für den Stadtrat am 23.11.2011 –
- 5) Berichte und Anfragen
 - a) Bericht OB zur Anfrage StR Hölzl im HA 07.11.2011 bezüglich Ausbau bzw. Sanierung Sportplatz, Abgrenzung zur Goldach
 - b) Hinweise StR Vogl und StR Grimm – Ampeln Prinz-Ludwig-Straße/
Haydstraße/Steineckerstraße und Ziegelgasse/Kammergasse

Niederschrift
über die öffentliche Sitzung des
Hauptausschusses (73.) vom 21. November 2011

TOP 1a Bekanntgaben

Hinweis OB – Sitzungstermine Kulturausschuss

Anwesend: 14

Der Vorsitzende weist darauf hin, dass der für den 08.12.2011 geplante Kulturausschuss entfällt, dafür wird der für Februar 2012 geplante Kulturausschuss auf Dienstag, 17.01.2012, vorverlegt.

TOP 1b Bekanntgaben

Bekanntgabe von Auftragsvergaben

Anwesend: 14

Der Vorsitzende gibt nachfolgende Auftragsvergabe bekannt:

Datum des Auftrages	Ref.	Objekt	Gewerk	Firma	Summe Euro
14.11.2011	65	Sportanlage Savoyer Au	Erneuerung der Sitzroste, 1. BA	Franz Wirth, Freising	24.238,49

TOP 2 Wohnungsvergabebericht 2011

Anwesend: 14

Herr Zellner berichtet über den Sachverhalt gemäß Sitzungsvorlage, welche der Erstschrift des Protokolls in der Anlage beiliegt.

StRin Bönig bedankt sich für den Bericht. Sie weist darauf hin, dass der Sachstand eigentlich jedes Jahr schlimmer werde. Es drängen immer mehr Wohnungssuchende auf den Wohnungsmarkt. Sie erkundigt sich bezüglich der Aussage auf Seite 6 des Berichts, wonach bezüglich der ansteigenden Anzahl der Kinder mit Migrationshintergrund in öffentlich -

Niederschrift
über die öffentliche Sitzung des
Hauptausschusses (73.) vom 21. November 2011

geförderten Wohnungen auch die Integrationsmaßnahmen dieser Veränderung angepasst und erweitert werden müssen.

Herr Zellner erläutert, dass man über Frau Eschenbacher versuche, diese Gebiete zu beobachten und deutlich zu machen, dass ein Ansprechpartner in der Stadt vorhanden sei. Man versuche zusammen mit dem Arbeitskreis Migration bei Auftreten solcher Probleme sich hierüber Gedanken zu machen, um zu sehen wie man gegensteuern könne. Es sei wichtig hier aufmerksam zu bleiben, um derartige Brennpunkte rechtzeitig erfassen zu können und gemeinsam nach zeitgemäßen Lösungen zu suchen.

StRin Bönig trägt weiter vor, dass sie bezüglich der Ausführungen zum Thema Lohn am Flughafen davon ausgehe, dass diese richtig seien. Sie erkundigt sich des Weiteren zu der Aussage, dass die Anzahl der verschuldeten Haushalte stetig weiter ansteige und die Betroffenen oftmals nicht wissen, welche Leistungen beantragt werden können. Ihres Wissens gebe es beim Landratsamt und eben auch bei der Stadt Freising ein entsprechendes Amt, wo man sich über mögliche Leistungen informieren könne. Auch in den Kindertagesstätten mache man darauf aufmerksam, wo man sich entsprechende Hilfe holen könne.

Herr Zellner berichtet, dass es sich überwiegend um Haushalte handle, die nicht im Einflussbereich der Stadt seien. Es handle sich hier überwiegend um Betroffene auf dem freien Wohnungsmarkt. Hier bestehe tatsächlich ein Wissensdefizit.

StRin Kammler erläutert, dass es gerade für Alleinerziehende fast nicht mehr möglich sei, auf dem freien Wohnungsmarkt eine bezahlbare Wohnung zu erhalten. Selbst wenn eine Wohnung zu bekommen sei, seien die Nebenkosten zu hoch. Ein Problem stellen oft die zu geringen Gehälter dar, dies reiche vom Flughafen über andere Bereiche bis zur TU Weihenstephan. Hinzu komme, dass sehr viele Alleinstehende, vorwiegend Frauen, auch aus finanziellen Gründen eine kleinere Wohnung suchen, sich diese aber letztlich auch nicht leisten können, da oftmals die kleineren Wohnungen teurer seien als die großen. Dieses Problem betreffe auch oft ältere Menschen. Sie erläutert dies anhand eines konkreten Bei-

Niederschrift
über die öffentliche Sitzung des
Hauptausschusses (73.) vom 21. November 2011

spiels. Insgesamt werde der Druck auf die Stadt Freising noch sehr viel höher. Sie verweist in diesem Zusammenhang auf das Haus Nr. 17 in der Heiliggeistgasse. Eventuell müsste man hier Überlegungen anstellen.

Herr Zellner teilt dazu mit, dass man im nächsten Jahr, nach Fertigstellung der 64 Wohnungen durch die Stadtbau Freising GmbH, versuchen wolle, die eklatantesten Fälle abzufangen.

StRin Nast erkundigt sich, ob es auch vorkomme, dass ältere Alleinstehende eine größere Wohnung gegen eine kleinere Wohnung tauschen.

Herr Zellner trägt vor, dass dies relativ selten vorkomme. Man habe diesbezüglich bereits das Angebot unterbreitet, dass die Stadt in solchen Fällen die Umzugskosten übernehmen würde. Dies sei aber nur sehr wenig angenommen worden. In der Regel sei die Begründung, dass die Kinder oder Enkelkinder zu Besuch kommen. Außerdem wolle man das gewohnte Umfeld nicht aufgeben. Mit dem neuen Fördersystem werde dies in Zukunft vermieden, weil derartige Wohnungen von Einzelpersonen auf Dauer nicht mehr bezahlbar seien.

StRin Nast merkt zum letzten Absatz im Wohnungsvergabebericht auf Seite 9 an, dass dies eigentlich der dringende Hinweis sei, das ÖPNV-Angebot in die Umgebung hinaus zu überprüfen, da dadurch ggf. etwas Entlastung auf dem Wohnungsmarkt entstehen könnte.

StRin Sahlmüller erläutert, dass die Wohnungspreise allenfalls dann abgesenkt werden könnten, wenn ein entsprechendes Überangebot vorhanden sei. Dies stelle aber für die Kommunen eine sehr schwierige Gradwanderung dar, weil dies andererseits einen Werteverlust für die Wohnungseigentümer bedeute. Insgesamt müsse man aber anstreben, dass jeder, der in Freising eine Arbeitsstelle habe und einigermaßen verdiene, auch in Freising wohnen könne. Ihres Erachtens könne es nicht sein, dass man die Freisinger Arbeitnehmer auf die weitere Umgebung verweise. Vielleicht gebe es auch die Möglichkeit, mehr im Bereich der Studenten anzusprechen. Möglicherweise sei es für jemanden, der alleine wohne

Niederschrift
über die öffentliche Sitzung des
Hauptausschusses (73.) vom 21. November 2011

durchaus interessant, einen Studenten mit einziehen zu lassen. Insgesamt müsse man schon etwas unternehmen und dies tue man auch bereits, damit das Wohnangebot größer werde.

Der Vorsitzende merkt dazu an, dass es vielmehr oft so sei, dass Wohnungssuchende gerade im Bereich der Sozialwohnungen von außerhalb nach Freising kommen.
StRin Bönig bestätigt dies anhand eines Beispiels.

Beschluss Nr. 333/73a

Anwesend: 14 Für: 14 Gegen: 0 den Antrag

Der Wohnungsvergabebericht für den Zeitraum 01. November 2010 bis 31. Oktober 2011 wird zur Kenntnis genommen.

Herr Zellner bedankt und verabschiedet sich.

TOP 3 Haushalt 2012 der von der Stadt Freising verwalteten Stiftungen
– Empfehlung für den Stadtrat am 23.11.2011 –
Anwesend: 14

OVRin Hagl berichtet über den Sachverhalt gemäß Sitzungsvorlage, welche der Erstschrift des Protokolls in der Anlage beiliegt.

Niederschrift
über die öffentliche Sitzung des
Hauptausschusses (73.) vom 21. November 2011

Beschluss Nr. 334/73a

Anwesend: 14 Für: 14 Gegen: 0 den Antrag

Dem Stadtrat wird empfohlen zu beschließen:

Die Haushaltssatzung 2012 samt ihren Anlagen für die von der Stadt Freising verwalteten Stiftungen, die wesentlicher Bestandteil des Beschlusses ist und der Erstschrift des Protokolls in der Anlage beiliegt, wird beschlossen.

TOP 4 Haushalt 2012 der Stadt Freising
– Empfehlung für den Stadtrat am 23.11.2011 –
Anwesend: 14

OVRin Hagl erläutert, dass man nochmals alle Einnahmemöglichkeiten geprüft habe. Insbesondere habe man auch versucht, das Jahresergebnis 2011 zu prognostizieren. In der HA-Sitzung am 07.11.2011 habe man bereits angedeutet, dass das Rechnungsergebnis 2011 vermutlich wesentlich besser ausfallen werde als bisher in der Haushaltsplanung angenommen. Man habe daher bereits vorgesehen, die noch vorhandene Kreditermächtigung mit 6,8 Mio. € aus dem Vorjahr nicht aufzunehmen, obwohl diese im Haushaltsplan 2011 eingeplant gewesen sei. Man gehe aber nunmehr darüber hinaus davon aus, dass sich das Rechnungsergebnis dank sehr viel höherer Gewerbesteuerereinnahmen so darstelle, dass der Haushalt 2012 im Vermögenshaushalt gerade noch durch Rücklagenentnahme ausgeglichen werden könne. Umgesetzt werde dies dadurch, dass die entsprechenden Mehreinnahmen im Verwaltungshaushalt an den Vermögenshaushalt überführt, dann in die Rücklage eingestellt und letztlich wieder für die Investitionen 2012 eingesetzt werden. Insgesamt habe man sehr knapp gerechnet, so dass man sowohl den Verwaltungs- als auch den Vermögenshaushalt ausgleichen könne.

Auch die Berechnungen im Verwaltungshaushalt seien nochmals überprüft worden. Zwischenzeitlich sei die aktuelle Steuerschätzung eingegangen, so dass man sowohl den Ansatz

Niederschrift
über die öffentliche Sitzung des
Hauptausschusses (73.) vom 21. November 2011

für die Einkommensteuer als auch den Ansatz für die Gewerbesteuer entsprechend der Prognose für Dezember angehoben habe. Natürlich hoffe man, dass sich die Prognosen auch bewahrheiten. Sie möchte schon darauf aufmerksam machen, dass die Kalkulation vorsichtig hoffnungsvoll sei. Letztlich sei noch ein Monat bis zum Rechnungsergebnis 2011 offen. In der Gewerbesteuer können sich auch kurzfristig noch Änderungen ergeben. Sollte sich hier noch ein wesentlicher Einbruch zeigen, hätte dies unmittelbar Konsequenzen für den Haushaltsplan 2012, so dass man möglicherweise nicht nur wegen einer eventuellen Eishallenüberdachung sondern auch wegen fehlender Einnahmen einen Nachtragshaushalt aufstellen müsse. Dieses Risikos müsse man sich bewusst sein. Insgesamt sei man sich aber doch sicher, dass die vorgenommene Einschätzung belastbar sei.

Der Vorsitzende beantwortet eine frühere Anfrage von StR Grimm bezüglich der Gewerbesteuereinnahmen in Fürstenfeldbruck, Dachau und Erding wie folgt:

Fürstenfeldbruck	Ansatz 2011	16,5 Mio. €
Dachau	Ansatz 2011	18 Mio. €
Erding	Ansatz 2011	18 Mio. €
Freising	Ansatz 2011	20,1 Mio. €.

OVRin Hagl ergänzt, dass die genannten Städte über die Jahre meist unter den Ansätzen von Freising geblieben seien.

StR Eschenbacher stellt fest, dass durch die höheren Einnahmenansätze letztlich ein Haushaltsausgleich erreicht werden konnte. Die Mindestzuführung vom Verwaltungs- an den Vermögenshaushalt konnte aber trotzdem nicht erreicht werden.

OVRin Hagl bejaht dies. Insgesamt sei man froh, dass man mit der aktuellen Steuerprognose den Haushalt ausgleichen konnte. Sie macht nochmals deutlich, dass man bis zur Haushaltsdebatte in der HA-Sitzung am 07.11.2011 sehr große Anstrengungen unternommen habe, um die entsprechenden Ausgabeansätze zu reduzieren. Alle Ansätze im Verwaltungshaushalt,

Niederschrift
über die öffentliche Sitzung des
Hauptausschusses (73.) vom 21. November 2011

die noch nennenswerten Ausfluss haben könnten, seien strukturelle Ansätze wie z. B. Kindergartengebühren bzw. Gebührenhaushalte allgemein, Mieteinnahmen, aber auch die Personalkosten mit ca. 20 % der Ausgaben des Verwaltungshaushaltes.

Der Vorsitzende trägt in diesem Zusammenhang vor, dass man die Frage der Grundsteuererhöhung, die im letzten Jahr sehr nachhaltig diskutiert worden sei, bewusst nicht aufgegriffen habe. Andere Kommunen im Umkreis hingegen haben teilweise eine drastische Erhöhung vorgenommen.

StR Dr. Maguhn trägt vor, dass die geplanten Steuereinnahmen für 2012 entsprechend der Steuerschätzung vorgenommen worden seien. Die Anfang November prognostizierte Steuerschätzung liege aber niedriger als die nunmehr getroffenen Ansätze.

OVRin Hagl erläutert, dass hier das jeweilige Rechnungsergebnis ausschlaggebend sei und nicht wie wahrscheinlich von StR Dr. Maguhn verglichen, die jeweiligen Haushaltsansätze. Hier sei gerade die Einkommensteuer niedriger geplant gewesen, bei der man nunmehr im Rechnungsergebnis eine höhere Einnahme erwarte. Für die Haushaltsplanung müsse man die Entwicklung des Rechnungsergebnisses kalkulieren und dieses sei gerade in der Gewerbesteuer sehr viel besser als ursprünglich erwartet.

OVRin Hagl erläutert anhand einer Aufstellung die wichtigsten Einnahmen im Einzelplan 9. Sie weist insbesondere darauf hin, dass die Schlüsselzuweisung nicht kalkulierbar sei, weil die entsprechende Berechnungsgrundlage erst Ende Dezember zur Verfügung stehe. Aufgrund des Vorjahres gehe sie für 2012 von einer geringen Schlüsselzuweisung aus, allerdings handle es sich tatsächlich um eine reine Annahme.

Für StR Dr. Maguhn ist es nicht einsichtig, warum man für 2012 auf eine Erhöhung der Grundsteuer verzichten wolle. Eine mögliche Erhöhung sei – wie bereits ausgeführt – schon im letzten Jahr diskutiert worden. Letztlich habe man davon Abstand genommen, weil bereits zum 01.01.2009 eine Erhöhung erfolgt sei. Nunmehr stehe man vor der Situation, dass man die Mindestzuführung vom Verwaltungs- an den Vermögenshaushalt nicht realisieren könne.

Niederschrift
über die öffentliche Sitzung des
Hauptausschusses (73.) vom 21. November 2011

Trotz der guten Wirtschaftsdaten wolle man darauf verzichten, einen Teil abzuschöpfen um den Verwaltungshaushalt etwas aufzubessern. Es sei zwar dadurch keine große Einnahme zu erreichen, andererseits handle es sich um eine Steuer, die sich auf fast alle Einwohner Freisings verteile und somit eine tragbare Belastung wäre. Im nächsten Jahr sei die Haushaltssituation möglicherweise noch sehr viel drastischer.

Der Vorsitzende erwidert, dass man aber im nächsten Jahr dann nicht nochmals erhöhen könne. Er würde dieses Instrument erst einsetzen wollen, wenn es unumgänglich sei. Nachdem für 2012 keine Kreditaufnahmen eingeplant seien, wäre es gegenüber der Bevölkerung nach seinem Dafürhalten kontraproduktiv die Grundsteuer zu erhöhen.

Bgm. Zierer merkt dazu an, dass sich eine Erhöhung der Grundsteuer unmittelbar auf die Höhe der Mieten auswirken würde. Im Zuge des Wohnungsvergabeberichtes seien die hohen Mieten in Freising und die damit verbundenen Schwierigkeiten diskutiert worden. Insofern hielte er eine Grundsteuererhöhung nicht für zielführend.

StR Hölzl und StRin Kammler schließen sich dieser Auffassung an.

StR Vogl erinnert an den Hinweis, dass man auch eine Erhöhung der Kindergartengebühren prüfen sollte. Im Stadtrat herrsche glücklicherweise eine relativ übereinstimmende Meinung, dass die Erhöhung von Kindergartengebühren vermieden werden sollte. Nach seiner überschlägigen Rechnung würde die Erhöhung der Kindergartengebühren pro Kind um 1 € ca. 20.000 € bringen, also ein relativ geringer Betrag im Hinblick auf die geplanten Ausgaben. Eine Erhöhung der Grundsteuer von 320 auf 330 würde hingegen zum einen relativ gerecht umgelegt und rechnerisch pro Einwohner und Jahr 5 € bedeuten und somit in Summe jährlich 200.000 € erbringen. Allerdings habe man bereits im letzten Jahr darauf verwiesen, dass eine Erhöhung verhältnismäßig aufwändig sei und nicht jedes Jahr gemacht werden sollte, so dass man den richtigen Zeitpunkt abwarten und dann eine größere Erhöhung realisieren sollte. Er äußert die Befürchtung, dass man im nächsten Jahr im Falle der Realisierung der Westtangente aufgrund der hohen Kosten hierfür um eine Grundsteuererhöhung nicht mehr

Niederschrift
über die öffentliche Sitzung des
Hauptausschusses (73.) vom 21. November 2011

herumkommen werde. Nachdem aber für 2012 keine Erhöhung der Kindergartengebühren vorgesehen sei, habe er auch kein Problem, wenn man auf eine Grundsteuererhöhung verzichte.

StR Eschenbacher verweist auf eine abweichende Angabe des Ansatzes des Einkommenssteueranteils in den Unterlagen der Hauptausschussmitglieder und den heute vorgestellten Einnahmen im Einzelplan 9.

Nach einer kurzen Debatte sagt OVRin Hagl eine Aufklärung dieser Differenz bis zur Sitzung des Stadtrates am 23.11.2011 zu.

Sie erläutert im Folgenden anhand einer Power-Point-Präsentation, welche der Erstschrift des Protokolls in der Anlage beiliegt, dass man mit den Einnahmen im Einzelplan 9 insgesamt wieder ein relativ hohes Niveau erreicht habe. Auch die Jahre, die man eigentlich als schlechte Jahre bezeichnet habe, seien in der Haushaltsprognose letztlich nicht so schlecht gewesen. Man erreiche natürlich nicht die Steuereinnahmen aus den sehr guten Jahren 2007 und 2008, in denen aber auch sehr hohe Gewerbesteuernachzahlungen zu verzeichnen gewesen seien. Die großen Schwankungen in der Gewerbesteuer betreffen aber alle Kommunen und seien zwischenzeitlich eine unkalkulierbare Größe geworden.

StRin Bönig verdeutlicht in diesem Zusammenhang, dass zwar der Einkommensteueranteil aufgrund der steigenden Bevölkerung ansteige. Allerdings gebe es auch immer Menschen, die nur sehr wenig bzw. gar keinen Einkommensteueranteil bezahlen.

OVRin Hagl bestätigt dies. Insgesamt weist sie darauf hin, dass man die Prämisse, einen Haushalt ohne Neuverschuldung aufzustellen, erreicht habe. Nachdem auch regelmäßig Tilgungen vorgenommen werden, erreiche man im Haushalt 2012 in dieser Höhe auch eine Entschuldung. Zum Bayerngrundmodell erläutert sie, dass es sich um eine sehr vorsichtige Einschätzung handle, da man demnächst das 1. Los „Wohnen“ im Bereich der ehem. General-von-Stein Kaserne ausschreiben werde. Man gehe daher schon davon aus, dass ein Teil des Kaufpreises in 2012 fällig werde.

Niederschrift
über die öffentliche Sitzung des
Hauptausschusses (73.) vom 21. November 2011

Letztlich erreiche man eine Zuführung vom Verwaltungshaushalt an den Vermögenshaushalt in Höhe von 46.500 €, also sozusagen eine schwarze Null. Die Mindestzuführung würde 2.886.500 € betragen. Für die nächsten Haushalte müsse man sich als Ziel setzen, wieder eine höhere Zuführung vom Verwaltungs- an den Vermögenshaushalt zu erreichen. Das Kernproblem des Haushaltes sei der sehr eng bemessene Finanzplan. Es seien in Abstimmung mit dem Hauptausschuss verschiedene Projekte, die sich in der Planungs- bzw. Realisierungsphase befinden, noch nicht mit in den Finanzplan aufgenommen worden. Wenn es nicht gelinge, nachhaltig aus dem Verwaltungs- an den Vermögenshaushalt zuzuführen, werde man den Finanzplan und vor allem die darin noch nicht enthaltenen, aber politisch gewollten, Projekte so nicht umsetzen können. Insofern habe man einen positiven Haushalt für 2012, aber auch entsprechende Hausaufgaben für die Folgejahre.

Referent StR Vogl führt aus, dass man sich dieses Jahr in einer etwas anderen Situation befinde als in den letzten Jahren. Er befürchte ein schwieriges Jahr, bezogen auf die Weltwirtschaft mit z. B. einer möglichen Bankenkrise oder einer eskalierenden Eurokrise. Dieses schwierige Jahr könne die jetzigen Steuerprognosen unerreichbar werden lassen. Wenn man heute sehr optimistisch davon ausgehe, dass im nächsten Jahr die Steuern deutlich über den ursprünglichen Ansätzen für 2011 liegen, sei dies zwar möglich, aber er persönlich glaube nicht daran. Seines Erachtens sollte man gewisse Krisenszenarien mit einkalkulieren und daher mit den Steuerprognosen für 2012 vorsichtig sein. Er bezieht sich auf die Ausführungen von OVRin Hagl die z. B. die Worte „knapp“, „dem Risiko bewusst sein“, „eng genäht und unkalkulierbar“ gewählt habe. Wenn man die Steuereinnahmen 2012 sehe, dann könnte ein Teil von diesen Aussagen stimmen. Zu den Annahmen, die auf der Steuerschätzung von November 2011 beruhen, glaube er, seien heute nur Dinge vorgetragen und in den Haushalt eingestellt worden, die auch zu verantworten seien. Das Jahr 2011 sei im Wesentlichen steuertechnisch gelaufen. Er glaube nicht, dass sich hier zum Ende des Jahres noch große Änderungen ergeben. Die Vorgehensweise, den Überschuss zunächst in die Rücklage einzustellen und dann zur Deckung des Haushalts 2012 zu verwenden, halte er für in Ordnung. Er habe allerdings Probleme mit den getätigten Steueransätzen für 2012. Er bezieht sich hier auf seine eingangs gemachten Ausführungen. Er verweist auf den

Niederschrift
über die öffentliche Sitzung des
Hauptausschusses (73.) vom 21. November 2011

Schuldenstand mit 110 Mio. €, also 10 Mio. € weniger als ursprünglich vorgesehen. Dies sei lobend zu erwähnen, es sei sehr gut gewirtschaftet worden. Positiv sei auch, dass versucht werde, im nächsten Jahr ohne neue Schuldenaufnahmen auszukommen und sogar 2 bis 3 Mio. € Schulden noch zu tilgen, so dass sich der Gesamtschuldenstand im nächsten Jahr auf ca. 110 Mio. € stabilisieren werde. Es wäre sicherlich ein großer Fehler, die Situation der Stadt mit Griechenland zu vergleichen, da man bezogen auf die Einwohner eine ganz andere Pro-Kopf-Verschuldung habe. In den Kernansätzen sei es aber ähnlich, man habe gemeint, auf einem sehr hohen Schuldenniveau leben zu können ohne Rücksicht auf die kommenden Generationen. Letztlich sei es in Griechenland nunmehr so, dass nicht die kommende Generation die Probleme zu lösen habe sondern z. B. die Steuerzahler der Bundesrepublik Deutschland. Er sehe eine gewisse Gleichgültigkeit, wenn es um Projekte gehe, die man lange versprochen habe wie z. B. die Überdachung der Eishalle. Seines Erachtens sei dies in 2012 nicht möglich, wenn nicht noch ein Wunder geschehe und wahrscheinlich auch nicht in 2013. Man müsse insofern nur auf die Verpflichtungsermächtigungen für die Westtangente sehen, die sich langsam bis 2016 auf 20 Mio. € steigern werden. Dies aber unter der Annahme einer Kostenrechnung von Herrn Piller, die zwar so sein könne, aber auch wesentlich negativer ausfallen könne, also die Kostenbelastung noch wesentlich höher werde. Er halte es in der jetzigen Zeit für angebracht, noch mehr in die Rückführung des relativ hohen Schuldenstandes der Stadt Freising zu investieren, also zu versuchen, im günstigsten Fall die Verschuldung um vielleicht 5 oder 6 Mio. € zurückzuführen oder wenn es schlecht laufe, mit einer schwarzen oder roten Null herauszukommen. Derzeit sei die Planung so, dass man im günstigsten Fall mit einer schwarzen Null herauskomme und man ein Problem habe, wenn es schlecht laufe. Dies sei dann nicht durch Schulden zu lösen sondern man müsse dann kurzfristig Streichungen vornehmen. Er habe den Betrag von 6 Mio. € genannt, weil dieser Betrag im nächsten Jahr für die Westtangente (Grunderwerb, Planungskosten usw.) vorgesehen sei. Er sei bekanntlich der Meinung, dass dieses Projekt die Stadt in den Folgehaushalten relativ teuer zu stehen kommen werde. Er würde warten bis gesichert sei, wie hoch die tatsächliche Belastung für die Stadt Freising sein werde. Er plädiere daher dafür, den Haushalt dahingehend abzuändern, die 6 Mio. € für die Westtangente einzusparen und in die Rückführung von „Altschulden“ zu investieren. Wenn das Jahr

Niederschrift
über die öffentliche Sitzung des
Hauptausschusses (73.) vom 21. November 2011

2012 dann schlecht laufe, gehe man trotzdem mit einer schwarzen Null heraus. Aus diesem Grund könne er dem vorgeschlagenen Haushalt, wenn er so bestehen bleibe, weder heute noch am Mittwoch im Stadtrat zustimmen. Nichtsdestotrotz sei sehr viel an dem Haushaltsplanentwurf gearbeitet worden und es seien auch sehr viele wichtige und gute Maßnahmen enthalten. Er wolle hierfür allen Beteiligten seinen herzlichen Dank aussprechen.

StR Eschenbacher bedankt sich ebenfalls für die Haushaltsaufstellung in der heute vorgelegten Form. Er sei letztlich doch ganz passabel geworben, auch wenn leider die Mindestzuführung vom Verwaltungs- an den Vermögenshaushalt nicht erreicht werden konnte. Andererseits stehen aber – wie von StR Vogl bereits angesprochen – große Projekte wie z. B. die Westtangente an, deren Realisierung er - anders als StR Vogl - als elementar für die Stadtentwicklung ansehe und nicht mehr zu schieben sei. Entsprechende Beschlüsse seien auch bereits gefasst worden. Die von StR Vogl angesprochenen 20 Mio. € Haushaltsansatz beinhalten aber noch keine Fördermaßnahmen. Letztendlich werde die Belastung seines Erachtens niedriger sein.

OVRin Hagl verweist in diesem Zusammenhang auf ihre bisherigen Ausführungen, wonach die Ansätze zur Westtangente auf einer „Nettorechnung“ basieren. Man gehe davon aus, dass die Zuschüsse von allen Zuwendungsgebern über Abschlagszahlungen zeitnah bei der Stadt eingehen, also nicht erst am Ende der Investition. Dementsprechend sei im Haushalt 2012 eine Nettobelastung von 1,7 Mio. €, in 2013 mit 2,8 Mio. €, in 2014 mit 4,2 Mio. €, in 2015 mit 3,7 Mio. € angesetzt, also insgesamt für diese Finanzplanjahre 12,4 Mio. € Nettobelastung. Insofern seien also durchaus Einnahmen und Ausgaben überschlägig berücksichtigt. Der Tenor der bisherigen Gespräche habe zu diesem Vorgehen veranlasst.

StR Eschenbacher bemerkt zu den Steuerschätzungen, dass diese von Fachleuten erarbeitet werden. Sicherlich seien diese manchmal dann auch schlechter, manchmal aber auch besser ausgefallen. Letztlich denke er, dass es sich um einen Durchschnitt handle, der relativ realistisch sei. Insofern sehe er die vorgebrachten Bedenken von StR Vogl nicht.

Niederschrift
über die öffentliche Sitzung des
Hauptausschusses (73.) vom 21. November 2011

StR Bauer verlässt den Raum.

StRin Kammler bedankt sich namens ihrer Fraktion bei OVRin Hagl und VARin Frohnappfel. Sie könne zwar StR Vogl grundsätzlich zustimmen, allerdings wisse niemand, wie sich die Weltwirtschaft tatsächlich weiter entwickle. Wenn man sich danach richten wollte, dürfte man wohl gar keinen Haushalt aufstellen. Zu den von StR Vogl vorgebrachten Bedenken wegen der Finanzierung der Westtangente verweist sie auf die zu erwartenden Einnahmen aus dem Areal der ehem. General-von-Stein Kaserne, welches nunmehr schrittweise realisiert werde. Die SPD-Fraktion werde dem vorgelegten Haushalt – mit Ausnahme der vorgenommenen Einsparungen beim Spielplatz Karwendelring – zustimmen.

Der Vorsitzende kündigt einen entsprechenden Vermerk im Protokoll an.

StR Bauer nimmt wieder an der Sitzung teil.

StR Grimm bedankt sich ebenfalls für seine Fraktion bei der Stadtkämmerei. Die Haushaltsberatungen seien sehr gut vorbereitet worden. Es seien weniger Streichungen notwendig geworden als im letzten Jahr. Zurückblickend auf die vergangenen Jahre seit er Mitglied des Stadtrates sei, sei eine Jahresrechnung noch nie schlechter als die Haushaltsplanung ausgefallen sondern im Gegenteil, es sei meist mehr übrig geblieben. Wenn dies für nächstes Jahr auch wieder zutreffe, dann werde man auch wieder die Mindestzuführung erreichen.

Bgm. Schwaiger schließt sich dem Dank an die Stadtkämmerei an, vor allem dass ein ausgeglichener Haushalt erreicht werden konnte. Er müsse allerdings StR Vogl in manchen Dingen recht geben, gerade die angesprochene „schwarze Null“ sei nicht so positiv, wie man sie vielleicht sehen möchte. Er verweist auf die Verpflichtungsermächtigungen, die natürlich auch Schulden darstellen. Zum anderen bestehe die Absicht, im nächsten Jahr einen Nachtragshaushalt zu verabschieden, weil mehrheitlich eine Überdachung der Kunsteisbahn – in welcher Variante auch immer – gewollt sei. Dies werde mit dem heute vorgelegten Haushaltsplanentwurf nicht möglich sein. Er werde dem Haushaltsplanentwurf zustimmen, aller-

Niederschrift
über die öffentliche Sitzung des
Hauptausschusses (73.) vom 21. November 2011

dings handle es sich seines Erachtens eher um ein Zwischenergebnis. Insofern teile er etwas die vorgebrachten Bedenken von StR Vogl. Er könne ihm allerdings nicht in Sachen Westtangente beipflichten. Die vorgebrachte Kostensumme von 20 Mio. € beinhalte noch keinerlei Förderung bzw. Gegenfinanzierung, dies möchte er klarstellen. Er erkundigt sich in diesem Zusammenhang, ob ggf. bis zum Ende des Jahres mit der Bekanntgabe der tatsächlichen Fördersätze zu rechnen sei.

Der Vorsitzende teilt mit, dass dies sicherlich nicht der Fall sein werde, da das Jahr schon zu weit fortgeschritten sei und man voraussichtlich Mitte Dezember erst den Zuschussantrag abgeben werde. Insofern werde sicherlich in der Weihnachtszeit hierzu keine Entscheidung mehr fallen.

Bgm. Schwaiger trägt weiter vor, dass von Herrn Piller gut erarbeitete Grundlagen gegeben seien, auf denen aufgebaut werden könne. Insgesamt werde seine Fraktion dem Haushalt zustimmen.

Auf Nachfrage von StR Grimm wegen eines Haushaltsansatzes für die Anschaffung der Geräte zur mobilen Lärmmessung, bestätigt der Vorsitzende, dass dies im Haushaltsansatz enthalten sei.

StR Dr. Maguhn spricht der Verwaltung, insbesondere OVRin Hagl seine große Anerkennung für das umfangreiche Werk aus, welches letztlich dann auch gut passe. Einer der Punkte, die ihn nicht so zufriedenstellen, sei die geringe Entschuldung, vor allem wenn man sehe, dass pro Jahr ca. 3 Mio. € Zinsen bezahlt werden müssen. Hiervon könnte man seines Erachtens die Überdachung der Kunsteisbahn finanzieren. Insofern sei er hiervon nicht begeistert, gerade in einer Periode, wo noch eine relativ gute wirtschaftliche Lage gegeben sei. Diese werde sich – er stimme hier mit StR Vogl überein – im nächsten Jahr sicherlich etwas anders, sehr wahrscheinlich schlechter, darstellen. Ein weiterer Punkt sei der Einstieg in die Westtangente. Er sehe hier zwar im nächsten Jahr noch keinen großen Schiffbruch, allerdings habe sich der Stadtrat mehrheitlich für die Durchführung dieses Projektes ausgesprochen.

Niederschrift
über die öffentliche Sitzung des
Hauptausschusses (73.) vom 21. November 2011

Dies führe seiner Meinung nach die Finanzen der Stadt schon an den Abgrund, so dass man sich viele andere Projekte, die der Stadtrat auch wolle und teilweise auch dringend erforderlich seien, nicht mehr leisten könne bzw. auf viele Jahre verschoben werden müssen. Er denke hier beispielsweise an die Generalsanierung des Asamgebäudes und die Innenstadt-konzeption. Wenn man die Westtangente herausnehmen würde, könnte er zustimmen, da der Haushalt ansonsten sehr vernünftig aufgestellt sei. Allerdings mit dem Ansatz Westtangente führe er ins Verderben. Aufgrund dessen könne er leider nicht zustimmen, da er dem Haushalt nicht in Teilen zustimmen könne sondern nur ganz oder gar nicht.

Der Vorsitzende merkt dazu an, dass er sich eigentlich über einen solchen Haushalt als Amtsnachfolger schon gefreut hätte. Er erinnert daran, dass man letztes Jahr gegenüber dem Landratsamt die positiven Gegenwerte aufgrund der erforderlichen Zuführung vom Vermögens- an den Verwaltungshaushalt nachweisen musste. Des Weiteren werde man in absehbarer Zeit auch Grundstücke verkaufen, in die bereits investiert worden sei, aus denen aber nunmehr auch ein Rückfluss zu erwarten sei. Dieser Rückfluss werde auch wieder in Projekte münden. Etwas traurig stimme ihn, dass man heute eine Diskussion führe, wonach die Westtangente „ins Verderben“ führe. Er macht deutlich, dass derzeit nicht bekannt sei wie hoch die Zuschüsse sein werden. Er sei seit 1978 im Stadtrat und mit einer Ausnahme konnte im Jahresergebnis immer ein Plus gegenüber der Haushaltsplanung erwirtschaftet werden. In der Haushaltsplanung sei man immer sehr vorsichtig gewesen und habe nur das empfohlen, was man guten Gewissens verantworten konnte. So sei dies auch zu verstehen, wenn OVRin Hagl ausführe, der Haushalt sei „auf Kante genäht“. Die Planung sei im Übrigen in Übereinstimmung mit ihm erfolgt. Er freue sich, wenn man dem vorgelegten Haushalt zustimme. Er könne aber auch nachvollziehen, wenn man dagegen stimme, weil man grundsätzlich gegen die Westtangente sei. Er möchte aber darum bitten, dass man nicht ohne handfeste Beweise derartige Aussagen treffe. Die Maßnahme Westtangente werde aufgrund des bisherigen Wissenstandes vernünftig zu finanzieren sein.

Bgm. Zierer verweist auf die Beschlussfassung zur Westtangente, derzufolge das Projekt nicht zu verwirklichen sei, falls die Zuschüsse nicht in der erwarteten Höhe ausfallen. Der

Niederschrift
über die öffentliche Sitzung des
Hauptausschusses (73.) vom 21. November 2011

Vorsitzende werde sicherlich in seiner noch verbleibenden Amtszeit alles daran setzen, um eine gewisse Zuschusszusage zu erreichen. Bezüglich der Überdachung der Kunsteisbahn werde es aufgrund der Vorbesprechung vor der heutigen Hauptausschusssitzung wohl zu einem Nachtragshaushalt kommen. Seines Erachtens sei man es der Bevölkerung schuldig, dass hierzu im Januar ein entsprechender Beschluss gefasst werde. Dieses Projekt begleite den Vorsitzenden schon während seiner ganzen Amtszeit. Der Vorsitzende habe auch darauf hingewiesen, dass man diese Thematik aus dem OB-Wahlkampf heraushalten sollte.

StRin Bönig schließt sich den Ausführungen des Vorsitzenden an. Der Haushalt beinhalte keine Luxusprojekte sondern eben auch viele Maßnahmen, die durch Bundesgesetze auferlegt seien. Eine Kommune habe auch die Verpflichtung, für ihre Bürger/innen gewisse Leistungen zu erbringen und dies spiegle sich im Haushalt wieder.

Der Vorsitzende macht nochmals deutlich, dass man die Westtangente nicht aus dem Haushalt herausnehmen könne, da man dann auch keine Zuschusszusage erhalte, weil die Finanzierbarkeit der Maßnahme nicht nachgewiesen werden könne.

StRin Sahlmüller führt aus, dass es sich nunmehr um den letzten Haushalt handle, den der Vorsitzende als Oberbürgermeister verabschiede. Sie möchte daher die Gelegenheit nutzen und dem Vorsitzenden für seine ganz hervorragende Haushaltsführung herzlich danken. Sie sei der Meinung, dass er seit Jahren – zumindest seit sie dem Gremium angehöre – alles tue, um der Stadt Freising übermäßige Strapazen finanzieller Art zu ersparen. Er habe ein klares Konzept im Kopf, dem sehr viele nicht folgen konnten, weil man nicht begriffen habe, in welche Richtung es gehen soll. Aber jetzt zum Auslaufen der Amtszeit sehe man sehr deutlich, wo die Vorstellungen lagen. Er habe Stück für Stück die Dinge abgearbeitet, auch wenn er oft falsch verstanden worden sei, weil man gemeint habe, dass unendlich viel in die Verwaltung investiert werde. Dies treffe aber nicht zu, weil die Stadt Freising eine der wenigen Städte sei, die nie über ein großes Rathaus verfügt habe. Sie wolle es nicht versäumen sich dafür zu bedanken, auch im Namen der Bürger/innen.

Niederschrift
über die öffentliche Sitzung des
Hauptausschusses (73.) vom 21. November 2011

Der Vorsitzende bedankt sich.

Beschluss Nr. 335/73a

Anwesend: 14 Für: 12 Gegen: 2 den Antrag

Dem Stadtrat wird empfohlen zu beschließen:

Die Haushaltssatzung der Stadt Freising für das Haushaltsjahr 2012 samt ihren Anlagen wird beschlossen.

Hinweis:

Die SPD-Fraktion stimmt dem Haushalt mit Ausnahme der Einsparungen beim Spielplatz Karwendelring zu.

TOP 5a Berichte und Anfragen

Bericht OB zur Anfrage StR Hölzl im HA 07.11.2011 bezüglich Ausbau bzw.

Sanierung Sportplatz, Abgrenzung zur Goldach

Anwesend: 14

Der Vorsitzende berichtet zur o. g. Anfrage, dass zwischenzeitlich lt. Mitteilung der Tiefbauverwaltung die Situation am 16.11.2011 vor Ort mit der Polizei, der Verkehrsbehörde und dem städt. Bauhof besichtigt worden sei. Der Bereich ca. vom Ortsendeschild bis zum Beginn des dichteren Bewuchses sei als kritisch angesehen worden. Hier werde zur Verkehrssicherung eine Schutzplanke angebracht. Eine 2. Planke wird das Bankett gegen Abrutschen absichern.

Der Bericht dient zur Kenntnis.

Niederschrift
über die öffentliche Sitzung des
Hauptausschusses (73.) vom 21. November 2011

TOP 5b Berichte und Anfragen

Hinweise StR Vogl und StR Grimm – Ampeln Prinz-Ludwig-Straße/
Haydstraße/Steineckerstraße und Ziegelgasse/Kammergasse

Anwesend: 14

StR Vogl bittet um Überprüfung der Ampel, die die drei erstgenannten Straßen absichere, da sie nachts bei Radfahrern nicht funktioniere. Es sei ihm selbst zwei Mal passiert, letztmalig gestern Abend gegen 20.00 Uhr, dass zwei Radfahrer an der Prinz-Ludwig-Straße stadtauswärts an der Ampel stehen und diese in allen Richtungen auf Rot bleibe. Wenn ein Auto hingegen auf der Steinecker Straße komme, schalte die Ampel auf Grün und dann wieder auf Rot. Letztlich sei man als Radfahrer gezwungen, irgendwann bei Rot über die Ampel zu fahren. Er bitte um Prüfung.

StR Grimm ergänzt, dass er vor der Sitzung mit Herrn Bäuerle wegen der Ampel an der Ziegelgasse telefoniert habe. Ihm sei das Gleiche an der Ampel Ziegelgasse stadtauswärts passiert. Herr Bäuerle habe ihm eine Überprüfung zugesichert.

StR Vogl weist darauf hin, dass er ebenfalls das gleiche Problem an der Ampel Ziegelgasse hatte.

Der Vorsitzende sagt eine Prüfung durch das Fachamt zu.

Der Vorsitzende bedankt sich bei der Presse und schließt um 18.35 Uhr die öffentliche Sitzung.

Dieter Thalhammer
Oberbürgermeister

Irene Striegl
Schriftführerin